

## KOMMENTIERT

## Die falsche Klage

Ines Wallrodt über regionale Unterschiede in der Kinderbetreuung

Mancherorts muss ein Zweijähriger mit sechs anderen Kindern um die Aufmerksamkeit der Erzieherin kämpfen, anderswo nur mit zweien. Das ist nicht gerecht, doch nicht gerecht behandelt fühlen sich einige ostdeutsche Bundesländer. Denn der Betreuungsschlüssel sage nichts über das Ausbildungsniveau der Beschäftigten, und das sei in Mecklenburg-Vorpommern viel höher als in manch besser abschneidendem westdeutschen Bundesland. Der bessere Betreuungsschlüssel ist in der Tat so billig zu haben. Das ändert aber nichts daran, dass die Gruppengrößen entscheidend sind. Selbst die bestausgebildete Erzieherin kann nicht zehn Kindern zugleich ihre Aufmerksamkeit schenken.

Die Ostdeutschen singen das falsche Klagelied. Zu beklagen ist vielmehr, dass es bis heute kein Bundesgesetz gibt, das Ausbildungsniveau, aber auch Gruppengrößen definiert. Somit kann sich Baden-Württemberg leicht mit dem Spitzentitel Kitaqualität schmücken. Beklagenswert ist, dass der Bund seine Haushaltsüberschüsse nur im Ausnahmefall in die Bildung stecken darf. Denn die ist ja irrsinnigerweise Ländersache. Beklagenswert ist, dass ein wichtiger Beruf so beschämend schlecht bezahlt wird, dass ihn zu wenige Menschen ausüben wollen. Dieses Klagelied ist durchaus bekannt. Doch geht es um rote Linien für Regierungskoalitionen, ist es vergessen.

## PERSONALIE

## Wolfskandidat

Von Andreas Fritsche

Er fordert Obergrenzen für den Wolf. Das ist sein Thema. Mario Borchert aus Damelack, 46 Jahre alt, Unternehmensberater, Jäger, Gemeindevertreter der Feuerwehr und Familienvater. Er tritt bei der Bundestagswahl am 24. September als unabhängiger Direktkandidat im nordwestbrandenburgischen Bundestagswahlkreis 56 an. Seine Mitbewerber dort sind die Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann (LINKE), Dagmar Ziegler (SPD) und Sebastian Steinicke (CDU). Gegen die hat er realistisch betrachtet keine Chance. Nur bei der Bundestagswahl 1949 hatten es drei Unabhängige ins Parlament geschafft. Danach ist es nie wieder einem Unabhängigen gelungen, einen Wahlkreis zu gewinnen.

Borchert weiß das und kandidiert trotzdem, um seinen Forderungen zum Umgang mit dem Wolf Aufmerksamkeit zu verschaffen. Natürlich hätte er auch versuchen können, den Ärztemangel auf dem Lande zu seinem Wahlkampfstrategie zu machen. Das sei auch ein Problem und er würde im Bundestag auf eine Lösung dringen, verspricht Borchert. Das Thema Wolf griff der Jäger heraus, weil das Raubtier derart die Gemüter erhitze, »dass eine sachgerechte Bearbeitung dringend geboten ist.«

Bauern stehen Existenzängste aus, weil Wölfe immer wieder Schafe und Kälber reißen und es



**Bundestagskandidat Mario Borchert hat nur ein Thema: Der Wolf.**  
Foto: Stefan Abtmeyer/marioborchert.de

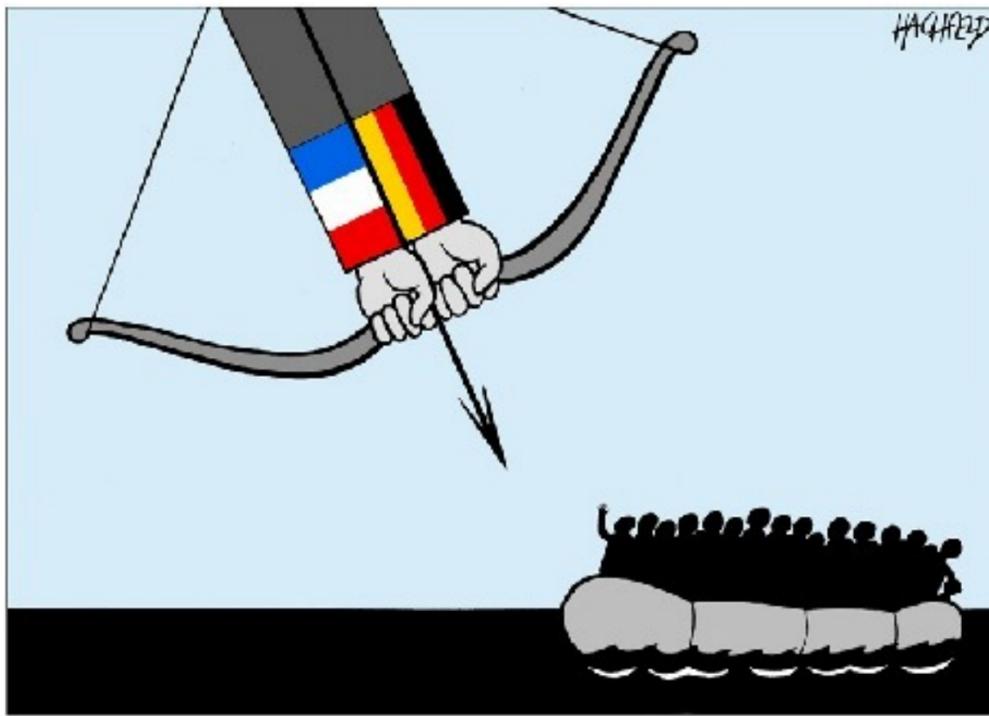
bei den Entschädigungszahlungen klemmt. Noch einmal ausrotten will Borchert den Wolf in Brandenburg keinesfalls. Seiner Ansicht nach müssen die Bestände aber reguliert werden. Dazu wäre das unter Schutz stehende Tier schon einmal ins Jagdrecht aufzunehmen, aktuell noch mit ganzjähriger Schonzeit. Parallel wäre durch Wildbiologen wissenschaftlich zu klären, ob und wo sich die Population inzwischen so entwickelt hat, dass der Wolf dort nicht mehr vom Aussterben bedroht ist. Hier wären dann Exemplare zu entnehmen, das heißt: abzuschließen und umzusiedeln. Forderungen, Wölfe sofort abzutöten, hält Borchert für populistisch. Sie seien rechtlich nicht durchführbar, betont er. Der unabhängige Kandidat präsentiert sich als Stimme der Vernunft.

## Was seine Leute hören wollen

Sebastian Weiermann über Alexander Gaulands kalkulierte Hetze

Alexander Gauland möchte die stellvertretende SPD-Vorsitzende und Integrationsbeauftragte der Bundesregierung »in Anatolien entsorgen«. Diese Wortwahl ist sicherlich kein Zufall oder Ausrutscher. Gauland ist ein Politik-Profi und seit Jahrzehnten aktiv. Vor seinem AfD-Engagement war er in der CDU und leitete die hessische Staatskanzlei. Es ist also anzunehmen, dass der Mann sich ausdrücken kann und um die mediale Wirkung von Worten weiß. Allerdings weiß Gauland auch, welche Worte im Stammland von Björn Höcke, der eine geschichtspolitische Wende um 180 Grad forderte, gut ankommen. Dass die AfD, nicht nur in Thüringen, aber dort besonders, Menschen rekrutiert, die ohne Umschweife als Faschisten bezeichnet werden können, ist längst kein Geheimnis mehr.

Aussagen wie die aktuelle von Gauland verfolgen drei Ziele: 1. Überzeugte Rechtsextreme sollen in ihrer Sympathie für die AfD bestärkt werden. 2. Die Partei inszeniert sich weiter als Tabubrecher gegen den herbeihalluzinierten linken Konsens. 3. Medien sollen auf die Tabubrüche anspringen und der Partei so Aufmerksamkeit beschaffen. Gauland ist dies wieder einmal gelungen. Dass sich die AfD so offen als rechtsextreme Vereinigung präsentiert, dürfte weder Gauland noch die anderen Funktionäre oder ihre Wähler stören.



Zeichnung: Rainer Hachfeld

## KOMMENTAR

## Es geht um 25 Cent

Flaschensammler werden uns noch lange begleiten, ist sich Katharina Schwirkus sicher

Wenngleich es Rentnerinnen gibt, die Flaschensammeln als lukrative Alternative zum Stricken sehen, geht es ihnen letztlich nicht um einen netten Zeitvertreib an der frischen Luft. Es geht ihnen auch nicht darum, sich für die Umwelt zu engagieren, obgleich sie diese mit ihrer Tätigkeit sauber halten. Die einfache, für jeden sichtbare Wahrheit ist: Es geht ihnen um 25 Cent.

Auf der Suche nach acht, 15 oder 25 Cent sind RenterInnen nicht alleine. Auch Hartz-IV-Empfänger und Obdachlose sammeln Flaschen. Viele Sammler haben keinen oder nur einen sehr begrenzten Anspruch auf sozialstaatliche Leistungen in Deutschland. Nach einer Rechtsprechung des Bundessozialgerichts von 2015 haben beispielsweise EU-Bürger nun dann Anspruch auf sozialstaatliche Leistungen, wenn sie nicht länger als sechs Monate arbeitssuchend sind und zuvor schon ein Jahr in Deutschland gearbeitet haben. De facto bedeutet das: Wer aus anderen EU-Ländern nach Deutschland kommt, hier arbeitet und erwerbslos wird, bekommt nach sechs Monaten keine Leistungen mehr.

Wer keinen deutschen Pass hat und kürzer als ein Jahr erwerbstätig war, bekommt nach den neuen Regelungen des XII. Sozialgesetzbuches, die Ende letzten Jahres verabschiedet wurden, grundsätzlich keine Leistungen. Solche Personen erhalten lediglich Übergangsgeld für vier Wochen und eine Rückkehrbeihilfe, sofern sie sich wieder auf den Weg in ihr Heimatland machen möchten. Die Botschaft dieser von der Großen Koalition vorangetriebenen Gesetze ist klar: Armut ist nicht unser Problem.

Doch die Wahrheit ist: Die Armut in Deutschland ist hausgemacht. Die Agenda 2010 war der Anfang vom

Ende. Seither sind sozialstaatliche Leistungen immer weiter eingedämmt worden. Sicher: Die Arbeitslosigkeit ist seit den Reformen stark zurückgegangen. Nach aktuellen Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung liegt die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit für 2017 bei voraussichtlich 2,5 Millionen. Im Vergleich zu 2005 be-



**Katharina Schwirkus** ist Redakteurin im Berlin-Ressort von »neues deutschland«.

Foto: nd/Anja Martin

deutet das beinahe eine Halbierung. Damals gab es noch knapp fünf Millionen Arbeitslose.

Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die Grundsicherung beziehen müssen, kontinuierlich an. So waren im März 2017 nach Zahlen des Statistischen Bundesamtes 43 269 Menschen mehr auf Leistungen nach dem XII. Sozialgesetzbuch angewiesen als noch zwei Jahre zuvor. Da zunehmend Menschen im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, ist klar, dass etwas systematisch schief läuft. Diese Systemfehler wurden jedoch durch das Rentenpaket 2014 nicht behoben. Auch die neuen Rentensätze, die im März dieses Jahres bekannt wurden, waren für die Bezieher ernüchternd. Angesichts des Preisauftriebs bei Strom- oder Heizölkosten fühlen sich

die laschen Rentenerhöhungen von 1,9 Prozent im Westen und 3,59 Prozent im Osten für die Betroffenen an wie eine Nullrunde. Ärgern alleine bringt aber nichts: RentnerInnen müssen mittlerweile aktiv werden, um ihre finanziellen Engpässe auszugleichen. Also machen sie mit beim Geschäft der Armen und sammeln Flaschen. Wie den anderen SammlerInnen ist ihnen dafür kein Weg zu schade. Manche gehen sogar ins Internet, um herauszufinden, wo sie Flaschen von Privatpersonen abholen können.

Die Agenda 2010 wurde von einer rot-grünen Regierung angestoßen, doch man darf auch nicht vergessen, wer danach regierte. Die CDU war seither immer an der Macht. Sie hat es auf vielen Ebenen verstanden, sozialstaatliche Leistungen einzuschränken und sich dennoch mit Sozialpolitik zu brüsten. In der amtierenden Großen Koalition ist die SPD bei wichtigen Themen eingeknickt. Ein gutes Beispiel ist der Mindestlohn, denn es gibt zu viele Ausnahmen von der Regel.

Letztendlich ist es die Bevölkerung eines Landes, die eine verfehlte Sozialpolitik ausbaden muss. Aus Wut auf die Verhältnisse ist so manch Rentner in Westdeutschland verlockt, auf seine alten Tage Kommunist zu werden. Andere überlegen ernsthaft, bei der Bundestagswahl der FDP oder gar AfD die Stimme zu geben. Andererseits haben viele der Betroffenen gar keine Wahl. Wer keinen deutschen Pass hat, kann sich politisch schlecht einbringen. Viele Menschen, die hier arbeiten und leben, können bei der Bundestagswahl kein Kreuz machen. Selbst wenn sie es könnten: Dass uns die Flaschensammler als Ausdruck der Krise des Sozialstaates erhalten bleiben, ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

## Repressiver Ansatz scheitert

Sebastian Bähr über die kurzsichtige Flüchtlingspolitik der EU

Der Großteil der italienischen Politiker dürfte sich freuen: Im Vergleich zum Vorjahr haben diesen Monat 90 Prozent weniger Flüchtlinge die sizilianische Küste erreicht. Die zentrale Mittelmeerroute ist so gut wie dicht. Die derzeitige Strategie von Rom und Brüssel wird langfristig jedoch nicht aufgehen. Die Kriminalisierung der Seenotretter und die Aufrüstung der kriminellen libyschen Milizen mögen kurzfristig die aktuelle Hauptfluchtroute über das Mittelmeer schließen. Auch die Einrichtung von Auffanglagern in afrikanischen Transitländern kann vielleicht für einen Moment die Anzahl der in Europa ankommenden Migranten senken.

Solange sich jedoch die Konflikte in Teilen des globalen Südens verschärfen; solange Klimawandel, Terror, Krieg und Armut den Menschen ihre Perspektive rauben, werden diese sich weiter auf die Suche nach einem besseren Leben begeben. Repression kann das auf Dauer nicht verhindern, sondern nur die Anzahl der Opfer erhöhen. Die Folge der Abschottung ist eine Verlagerung zu noch gefährlicheren Routen. Nach Griechenland und Italien trägt dann einfach ein anderes EU-Land die Lasten, da es auf die Solidarität der Union nicht zählen kann. Solange nicht wirklich Fluchtursachen bekämpft werden und legale Einreisemöglichkeiten bestehen, nimmt dieser verheerende Kreislauf kein Ende.

## IHRE MEINUNG

## Dieser Krieg ist nicht zu gewinnen

Zu »Trump will am Hindukusch Terroristen töten«, 23.8., S. 1

Wann endlich begreifen USA-Präsident Trump – der entgegen allen Wahlversprechungen die USA-Truppen nicht aus Afghanistan abzieht, sondern sogar noch verstärken will –, aber auch die beteiligten Länder, unter ihnen die BRD-Regierung, dass dieser Krieg nicht zu gewinnen ist? Das bewies in der Vergangenheit nicht nur der Rückzug der sowjetischen Truppen, sondern auch der nun 16 Jahre anhaltende erfolglose Krieg.

Die militärische Lage, Korruption und Rauschgifthandel und besonders die Bedingungen für die Zivilbevölkerung haben sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Hinzu kommen die großen finanziellen Belastungen der teilnehmenden Länder, die allein in der Bundesrepublik weit mehr als zehn Milliarden Euro betragen. An Stelle von Truppenverstärkungen sind endlich ernsthafte Friedensverhandlungen mit allen Beteiligten geboten.

Gisela Koch, Eberswalde

## Demagogische Äußerungen

Zu »Braunkohleabbau ist eine Form von Gewalt«, 24.8., S. 2

Vielen Dank an Friederike Meier für hartnäckiges Nachfragen in ihrem Interview mit einer Vertreterin der Gruppe »Zucker im Tank«. So wird offensichtlich, dass es dieser Organisation darum geht, kriminelles Handeln zu relativieren und ihm ein angeblich linkes Mäntelchen umzuhängen. Ich hoffe, dass LINKE solchen demagogischen Äußerungen nicht auf den Leim gehen. Mein Respekt gilt all jenen, die mit friedlichen und demokratischen Mitteln gegen die Weiterführung des Braunkohleabbaus demonstrieren.

## neues deutschland

Erscheint im Verlag Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel. (030) 2978-1111, Fax -1600

Internet www.neues-deutschland.de E-Mail redaktion@nd-online.de

Geschäftsführer und Verlagsleiter Olaf Koppe -1611, Fax -1610

Vertrieb/Aboservice -1800, Fax -1630, aboservice@nd-online.de

Anzeigen Geschäftskunden Dr. Friedrun Hardt (verantwortlich) -1841, Sabine Weigelt -1842, Fax -1840, anzeigen@nd-online.de. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 27 vom 1. Januar 2017.

Private Kleinanzeigen -1844, Fax -1840, privatanzeigen@nd-online.de

Redaktionsleitung Tom Strohschneider (Chefredakteur, V.i.S.d.P. -1711, Fax -1610),

Wolfgang Hübner (Online -1713), Gabriele Oertel und Regina Stitzel (Wochen nd -1716, -1712),

Ulwe Sattler (Redaktionsmanagement -1714), Eva Roth (Politik, Wirtschaft -1666)

Ressorts Katja Herzberg (ndAktuell -1733), Jürgen Amendt, Martin Hatzius (Feuilleton -1757, -1765),

Martin Kröger (Berlin/Brandenburg -1746), Jirka Grah (Sport -1727), Susanne Dreistadt (Herstellung -1826)

Gestaltung/Layout Holger Hinterseher, Eva Schmid, Katrin Reimann

Ratgeber Jürgen Holz -1772, Peter Kollwe -1773, ratgeber@nd-online.de

Leserbriefe -1724, leserbriefe@nd-online.de

Marketing David König -1715, Fax -1610, marketing@nd-online.de

Leserreisen Frank Diekert -1620, Fax -1650, leserreisen@nd-online.de

nd-Shop Öffnungszeiten: Montag - Freitag 9 - 17 Uhr, Sabine Fielow -1777, Monika Gadegast -1654, Fax -1650, shop@ndonline.de

Verlagsorganisation Rainer Genge -1685, r.genge@nd-online.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und andere Zusendungen. Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG, Presse-Monitor GmbH, www.presse-monitor.de

Bankkonto Berliner Bank, Konto-Nr. 525 950 205, BLZ 100 708 48, IBAN DE81 1007 0848 0525 9502 05, SWIFT (BIC) DEUTDE33HAN

Monatlicher Abonnementspreis (zzgl. einer Zustellkostenpauschale von 0,15 € pro Tag und inkl. MwSt.): 38,50 €; ermäßigtes Abo 21,00 €; Soli-Abo 50,00 €; Online-Abo 22,00 €; weitere Abomöglichkeiten, auch Teil-Abonnements, auf Anfrage. Das Abonnement kann bis spätestens drei Wochen vor Ablauf des Inkassozeitraums gekündigt werden (Poststempel). Bei Nichtzustellung ohne Verschulden des Verlags oder bei höherer Gewalt bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Benutzte Agenturen dpa, AFP, SID, epd, IPS

DUCK EVERFRANK Berlin GmbH, Ballinstraße 15, 12359 Berlin

Die Auflage von neues deutschland wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) geprüft.

